



Hochwasserrisikomanagement – Maßnahmenumsetzung
Stand 2017

Planungseinheit Salzach, Saalach, Königsee, Waginger-Tachinger See (INN_PE05)

Für die Erstellung des bayerischen Hochwasserrisikomanagement-Plans Donau bewerteten die betroffenen Städte und Gemeinden 2014 ihr Hochwasserrisiko und wählten Maßnahmen aus, die zur Risikoreduktion bis 2021 umgesetzt werden (lokale Ebene). Auch den Kreisverwaltungsbehörden (KVB), Wasserwirtschaftsämtern (WWA) und Regierungen standen auf sie zugeschnittene Maßnahmen zur Wahl (regionale Ebene). 2017 erfolgte eine Evaluation des Umsetzungsstandes der 2014 geplanten Maßnahmen. Nachfolgend sind die wichtigsten Ergebnisse der Evaluation aus der Planungseinheit Salzach, Saalach zusammengefasst.

1 Überblick

Die wichtigen Risikogewässer in der Planungseinheit sind Salzach und Saalach. Weiterhin weisen einige kleinere Gewässer ein besonderes Hochwasserrisiko auf. Insgesamt summieren sich die Risikogewässer in der Planungseinheit auf 138 km.

Extreme Hochwasserereignisse treten vorwiegend durch die Kombination von langanhaltenden, ergiebigen Regenereignissen (Stauregen am Alpennordrand, Vb-Wetterlagen) mit vorausgehenden Niederschlägen (hohe Vorsättigung der Böden) und/oder Schneeschmelze in den Monaten Mai bis August auf. Bei den kleineren Risikogewässern können auch extreme lokale Starkregenereignisse zu großen Überschwemmungen führen.

2 Beteiligung Evaluation

Insgesamt sind in dieser Planungseinheit 16 Kommunen von Überflutungen durch die Risikogewässer bedroht. 13 davon haben sich an der Evaluation beteiligt. Die Beteiligungsquote lag mit 81 % deutlich über dem bayerischen Mittelwert von 63 % (Verteilung siehe Abb. 1). Auf regionaler Ebene (KVB, WWA und Regierungen) haben sich 5 Akteure beteiligt (= 71 %, Mittelwert Bayern 88 %).

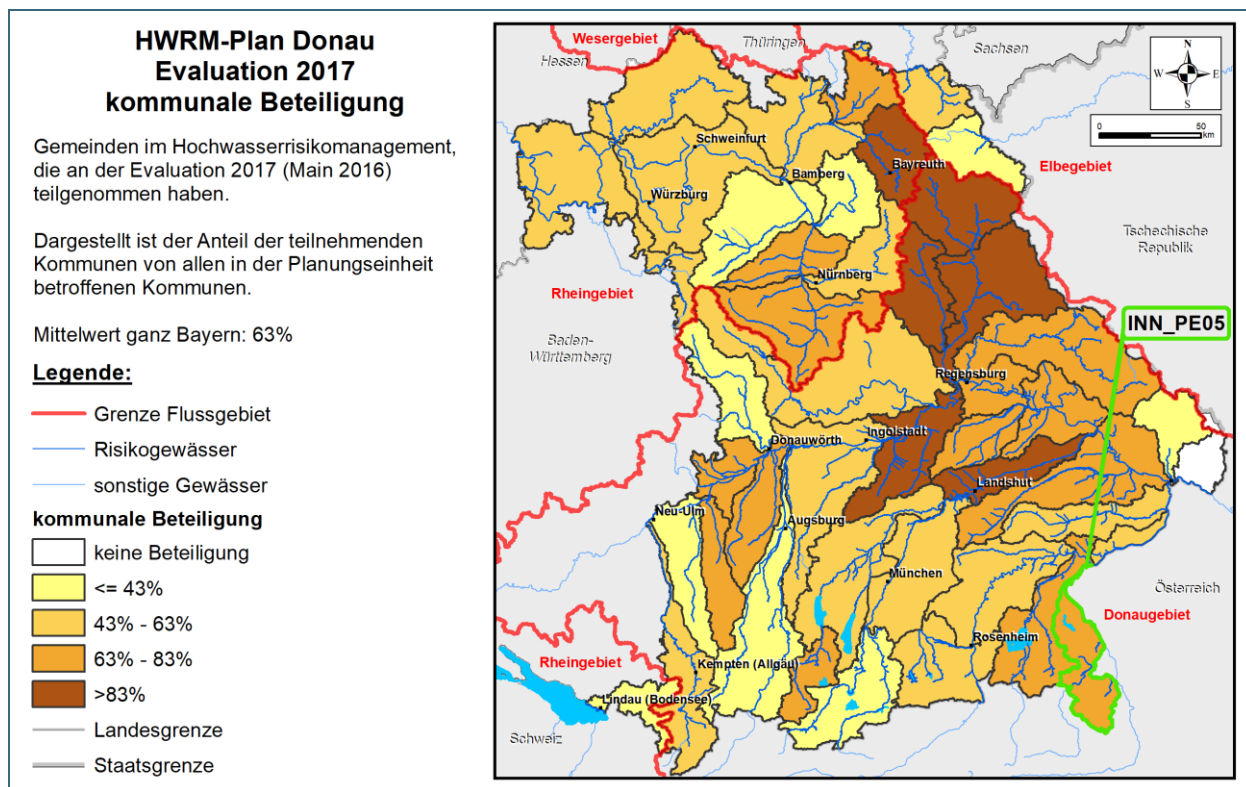


Abb. 1: Prozentuale kommunale Beteiligung an der Evaluation 2017 in den Planungseinheiten

3 Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen zur Risikoreduzierung

Das Ergebnis der kommunalen Risikobewertung 2014 in der Planungseinheit war, dass das Risiko in der Planungseinheit fast flächendeckend sehr hoch ist – deutlich über dem Durchschnitt an der bayerischen Donau. Dies führte auch zu einer deutlich höheren Maßnahmenauswahl auf kommunaler Ebene. Auch regional wurden vergleichsweise viele Maßnahmen gewählt. Insgesamt wurden lokal 55 % und regional 77 % aller möglichen Maßnahmen gewählt (zum Vergleich bayerische Donau gesamt: lokal 38 %, regional 66 %).

3.1 Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen

Wie die an der Evaluation 2017 teilnehmenden Kommunen den aktuellen Umsetzungsstand dieser Maßnahmen angeben ist in Abb. 2 zu sehen. Abb. 3 zeigt die gleiche Darstellung für die Maßnahmen der regionalen Akteure.

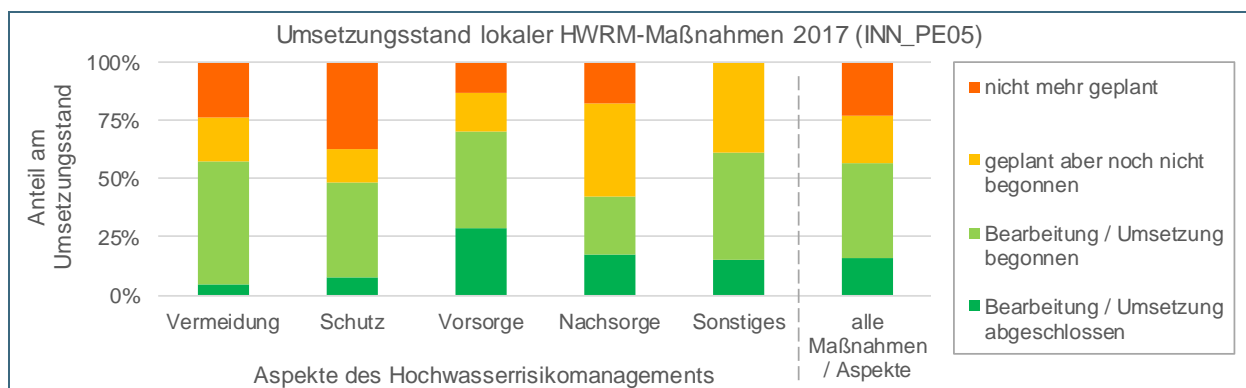


Abb. 2: Umsetzungsstand der lokalen Maßnahmen von Kommunen, die an der Evaluation teilgenommen haben – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle evaluierten Maßnahmen

Anscheinend wurden 2014, also kurz nach dem Junihochwasser 2013 besonders im Schutzbereich viel mehr Maßnahmen geplant, als realistisch umzusetzen sind. Der Anteil „nicht mehr geplanter“ Maßnahmen ist in dieser Planungseinheit besonders hoch – insbesondere bei den Schutzmaßnahmen. Allerdings ist auch der Anteil der „abgeschlossenen“ Maßnahmen höher als in vielen anderen Planungseinheiten – und das bei insgesamt sehr vielen gewählten Maßnahmen. Untätig waren die Akteure also nicht.

3.2 Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen

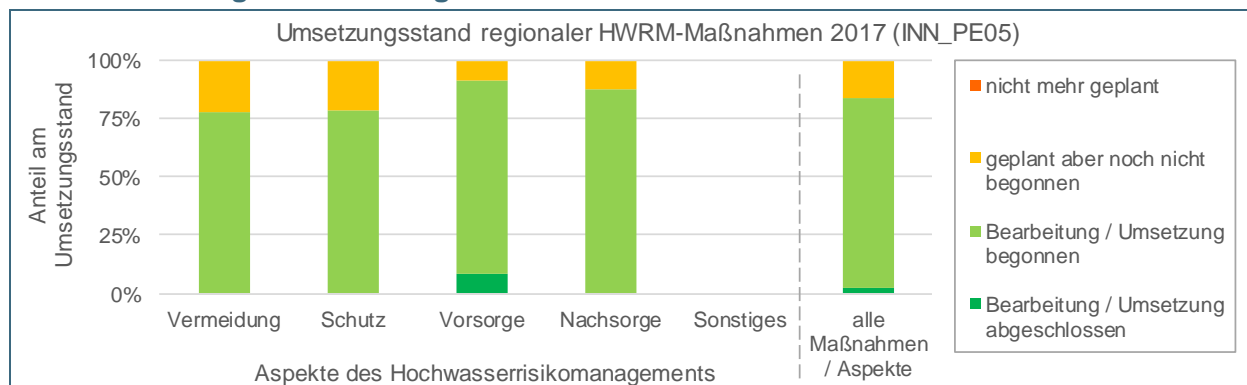


Abb. 3: Umsetzungsstand der regionalen Maßnahmen (KVB, WWA und Regierungen) – aufgeteilt je Aspekt und in Summe für alle Maßnahmen

Auch die regionalen Akteure hatten viele Maßnahmen ausgewählt. Von diesen ist sogar ein überdurchschnittlich hoher Anteil bereits „begonnen“. „Nicht mehr geplante“ Maßnahmen gibt es bei diesen Akteuren gar keine.

3.3 Besonderheiten bei der Maßnahmenumsetzung (Einzelmaßnahmen)

Für dieses Kapitel werden nun besonders auffällige Einzelmaßnahmen auf lokaler Ebene genauer ausgewertet. Als Ergebnis wird im Folgenden aufgezeigt, welche Maßnahmen bei der Umsetzung schon relativ weit fortgeschritten sind und welche eher Probleme in der Umsetzung bereiten (siehe Tab. 1 und Tab. 2). Dabei wurden nur Maßnahmen berücksichtigt, die von mindestens 15 % aller Kommunen der Planungseinheit geplant und evaluiert wurden.

Tab. 1: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung gut voranschreitet** – dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders hohen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
324.4	Vorsorge	Übungen für Einsatzkräfte	100 %
328.2	Nachsorge	Verbesserung des Hochwassermonitorings	100 %
324.3	Vorsorge	Aufstellung bzw. Fortschreibung einer Krisenmanagementplanung einschließlich der Aufstellung bzw. Fortschreibung von Hochwasser-, Alarm- und Einsatzplänen	89 %
325.4	Vorsorge	Überprüfung von örtlichen Infrastruktureinrichtungen zur Daseinsvorsorge	86 %
325.9	Vorsorge	Aufbau und Pflege von Kommunikationsnetzwerken auf lokaler Ebene	86 %

Bei den Einzelmaßnahmen sind besonders viele Vorsorgemaßnahmen besonders häufig „begonnen“ oder „abgeschlossen“. Man will also beim nächsten Hochwasser gut vorbereitet sein.

Tab. 2: **Lokale Maßnahmen, deren Umsetzung Probleme bereitet** – dargestellt sind die Maßnahmen, die zu einem besonders geringen Anteil bereits begonnen wurden oder abgeschlossen sind

Nr.	Aspekt	Kurzbeschreibung Maßnahme	begonnen bzw. abgeschlossen
327.5	Nachsorge	Konzepterstellung/ Fortschreibung Konzept Schadensbeseitigung	0 %
318.2	Schutz	Überprüfung Freibord bei bestehenden technischen Hochwasserschutzanlagen	11 %
317.1	Schutz	Erstellung von Konzepten für den technischen Hochwasserschutz	17 %
317.2	Schutz	Umsetzung von Konzepten für den technischen Hochwasserschutz	17 %
308.1	Vermeidung	Information von Betreibern von VAWS/ AwSV-Anlagen und Abwasseranlagen sowie Verifizierung der betrieblichen Aktivitäten zur Hochwassergefahrenabwehr insbesondere bei PRTR-Betrieben	25 %
316.1	Schutz	Betrieb, Unterhaltung und Sanierung von Hochwasserrückhaltmaßnahmen	25 %

Einen geringen Umsetzungsstand haben verschiedene Maßnahmen aus drei Bereichen. Zwar überwiegen Schutzmaßnahmen, aber auch eine zur Nachsorge zählende Maßnahme, die jedoch vor einem Ereignis durchgeführt werden muss, sowie eine Vermeidungsmaßnahme sind noch kaum begonnen.

3.4 Umsetzungsstand nach Priorität

Bei der Maßnahmenplanung 2014 wurde vom jeweiligen Akteur zu jeder Maßnahme vermerkt, wie dringend diese umzusetzen ist (hohe, mittlere oder geringe Priorität). Abb. 4 zeigt den Umsetzungsstand von allen evaluierten Maßnahmen der Planungseinheit (lokal und regional) in Abhängigkeit von der 2014 gewählten Prioritätsklasse.

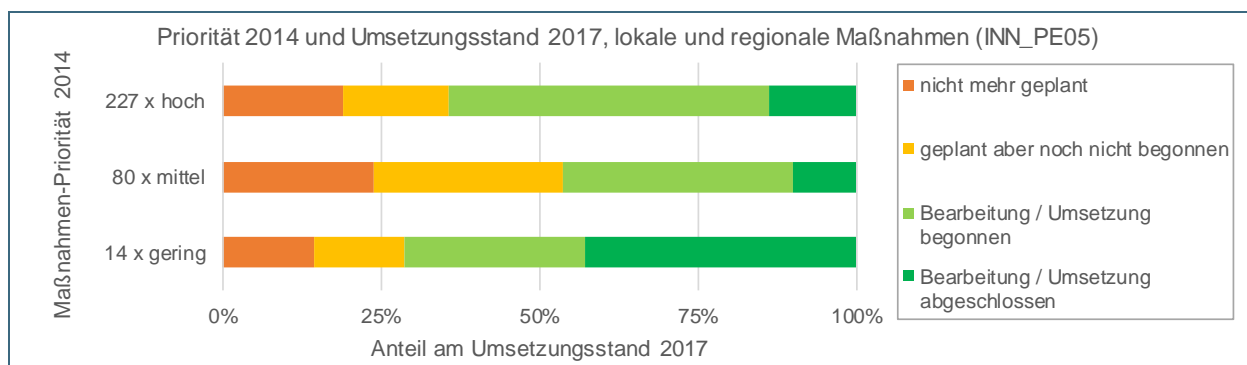


Abb. 4: Umsetzungsstand der 2014 gewählten und priorisierten Maßnahmen, über die Evaluationsergebnisse aus 2017 vorliegen - Planungseinheit INN_PE05

Der Umsetzungsstand abhängig von der Priorität gibt in dieser Planungseinheit ein uneinheitliches Bild ab. Maßnahmen mit geringer Priorität wurden am häufigsten „abgeschlossen“. Bei den mittel priorisierten Maßnahmen ist dagegen der Anteil an „noch nicht begonnenen“ Maßnahmen am höchsten. Die hoch priorisierten Maßnahmen liegen jeweils in der Mitte.

4 Einschätzung der Risikoveränderung 2014-2017

Ohne vertiefte Risikoanalyse wurden die Akteure (Kommunen, KVB, WWA und Regierungen) bei der Evaluation auch nach ihrer subjektiven Einschätzung zur Risikoänderung befragt.

Welche Angaben die an der Umfrage teilnehmenden Akteure 2017 gemacht haben, ist in Abb. 5 zu sehen. Interessant ist dabei die Frage, ob innerhalb des befragten Zeitraumes ein signifikantes Hochwasserereignis vor Ort stattgefunden hat, da dies meist das Risikobewusstsein erhöht (ggf. mit Wellen gekennzeichnete Bereiche in Abb. 5).

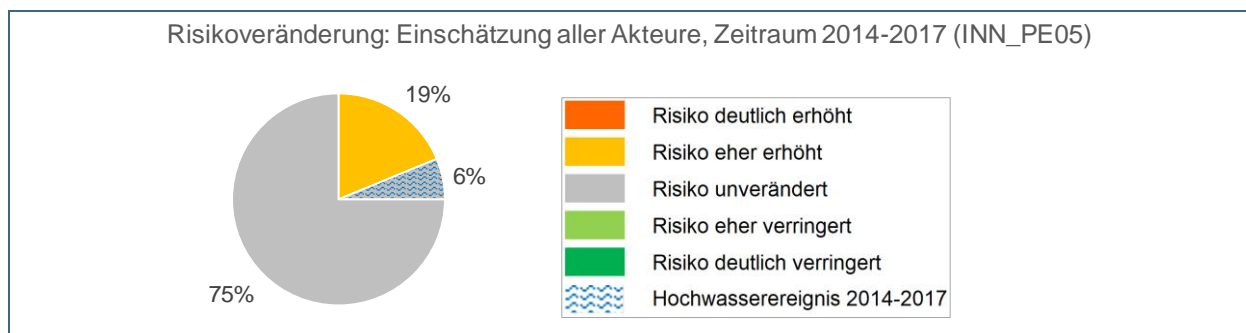


Abb. 5: Anteile der Nennungen zur Risikoänderung seit 2014 von den 2017 antwortenden Akteuren der Planungseinheit INN_PE05. Bereiche mit Wellen (ggf.): Anteil der Akteure mit signifikantem Hochwasserereignis seit 2014

Das Risiko in der Planungseinheit hat sich in den letzten Jahren nach Einschätzung der Akteure weiter leicht erhöht. Der größte Anteil der Akteure (81 %) sieht zwar weiterhin ein unverändertes Risiko zu 2014. 19 % der Akteure geben jedoch ein eher erhöhtes Risiko an. Eigene Hochwasserereignisse seit 2014 sind für diese Einschätzung jedoch nicht verantwortlich.

Impressum:

Herausgeber:

Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU)
Bürgermeister-Ulrich-Straße 160
86179 Augsburg

Telefon: 0821 9071-0

Telefax: 0821 9071-5556

E-Mail: poststelle@lfu.bayern.de

Internet: www.lfu.bayern.de

Bearbeitung:

Ref. 69

Bildnachweis:

LfU

Stand:

Juli 2018

Postanschrift:

Bayerisches Landesamt für Umwelt
86177 Augsburg

Diese Publikation wird kostenlos im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von den Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zweck der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Publikation nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Publikation zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden. Bei publizistischer Verwertung – auch von Teilen – wird um Angabe der Quelle und Übersendung eines Belegexemplars gebeten.

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind vorbehalten. Die Broschüre wird kostenlos abgegeben, jede entgeltliche Weitergabe ist untersagt. Diese Broschüre wurde mit großer Sorgfalt zusammengestellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch nicht übernommen werden. Für die Inhalte fremder Internetangebote sind wir nicht verantwortlich.



BAYERN | DIREKT ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung. Unter Tel. 089 122220 oder per E-Mail unter direkt@bayern.de erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.